

Medienmitteilung vom 2. November 2012

Verhängnisvoller Leistungsabbau schadet dem kantonalen Zusammenhalt Quittung für verfehlte Steuersenkungs- und Finanzpolitik

Die Grünen nehmen die vom Regierungsrat heute vorgestellten Leistungsabbau-massnahmen ablehnend zur Kenntnis. Verantwortlich für diese Entwicklung ist aber nicht in erster Linie der Regierungsrat, sondern die verfehlte Steuersenkungs- und Finanzpolitik der bürgerlichen Grossratsmehrheit. Statt nun einem blinden Abbau-Aktionismus zu verfallen, wäre der Kanton Bern besser beraten, die Ergebnisse der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) abzuwarten.

Der Regierungsrat hat heute mit dem schmerzhaften Sparpaket die Quittung für die verfehlte Steuersenkungs- und Finanzpolitik der letzten Jahre präsentiert. Die von der Regierung präsentierten Massnahmen unterstreichen in aller Deutlichkeit, wie verantwortungslos die Steuersenkungen im Rahmen der letzten Steuergesetzrevision und der Revision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge waren.

Mit den Leistungsabbaumassnahmen wird die Standortattraktivität des Kantons Bern verschlechtert. Die Massnahmen untergraben den sozialen und den regionalen Zusammenhalt, gefährden Zukunftschancen und werden längerfristig mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen. Beispielhaft seien die folgenden Massnahmen erwähnt:

- Mit der Kürzung des Finanzierungsanteils bei der **Schulsozialarbeit** wird einmal mehr bei der Bildung gespart und ein für das gesamte Schulsystem entlastendes Angebot geopfert.
- Die Streichung der **Gemeinschaftszentren** aus dem Lastenausgleich torpediert eines der erfolgreichsten niederschweligen Integrationsinstrumente in städtischen Gebieten. Falls nicht die Gemeinden die Finanzierung übernehmen, droht eine massive Verschlechterung der Lebensqualität in den betroffenen Gemeinden.
- Die Kürzungen bei der **Psychiatrieversorgung** gefährden die angestrebte Verlagerung von der stationären zur ambulanten Behandlung und damit eines der unbestrittenen Ziele in der Gesundheitspolitik.
- Die Ausdünnungen beim **öffentlichen Verkehr** und bei den **Schülertransporten** treffen primär ländliche Regionen und verschlechtern die Standortattraktivität des Kantons erheblich.

Die Grünen werden zahlreiche der vorgeschlagenen Sparmassnahmen nicht mittragen. Dies gilt umso mehr, als das vorliegende Sparpaket bloss einen Vorgeschmack auf das gigantische Abbauprogramm Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) darstellt, welches auf einer objektiven Benchmark-Grundlage Einsparungen von bis zu 400 Mio. Franken pro Jahr bringen soll. Angesichts des sowohl ambitiösen als auch bedrohlichen Projekts ASP haben die Grünen kein Verständnis für den kurzfristigen Abbau-Aktionismus. Statt mit kurzfristigen Sparmassnahmen maximalen Schaden und grösstmögliche Verunsicherung und Verärgerung anzurichten, wäre heute die Inkauf-

nahme eines befristeten Defizits die sinnvollere Strategie – gerade im Hinblick auf das Projekt ASP.

Die Grünen werden mit Anträgen Einfluss auf die vorgeschlagenen Sparmassnahmen nehmen und werden den Widerstand betroffener Institutionen und Leistungsangebote gegen den verantwortungslosen Leistungsabbau unterstützen.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat, Tel. 079 263 47 68